

Schule fürs Leben

Ein Plädoyer des BundesNetzwerks Kinder- und Jugendbeteiligung für faire und aufrichtige Schulmitwirkung

Vorgeschichte und Hintergrund

Im BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung wird über viele gute Beispiele gelungener Schulmitwirkung berichtet. Einige Schulen sind auf einem gutem Weg, Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern in Schulgestaltungsprozessen zu beteiligen.

Praktiker_innen aus den Bundesländern berichten auch von veränderungswürdigen Strukturen und Situationen. Demnach gibt es mehr oder weniger gut durchgeführte Arbeit in den Gremienvertretungen. Diese sind jedoch teilweise unzureichend mit Informationen und Meinungsbildungsprozessen untersetzt¹. Danach beklagen Schüler_innen, Eltern als auch Pädagog_innen die Enge der Rahmenbedingungen im Alltag. Nur dort, wo durch die Schulleitungen Freiräume für gemeinsame Entwicklungsprozesse, also Ressourcen in Form von Zeit und Personal, forciert werden, entstehen nachhaltige Effekte im Sinne basisdemokratischer Schulentwicklung.

Zeit zum Innehalten, zur Reflexion und Information fehlt. Häufig wird wahrgenommen, dass es an einer die Beteiligungskultur fördernden Haltung der Pädagog_innen mangelt. In Schulen aller Schulformen beschreiben Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen eine nicht vorhandene oder stark von ungleichen Machtverhältnissen beeinflusste Kommunikation. Häufig kommt es zu negativen Mitwirkungserfahrungen der Schüler_innen. Die tatsächliche Teilhabe wird auf Randbereiche des Schulalltags verkürzt. Unterricht, Unterrichtsgestaltung und Unterrichtsbewertung sind dabei in der Regel nicht Bestandteil der gemeinsamen Auseinandersetzung mit Schüler_innen.²

Konkret wird berichtet, dass die laut Landesschulgesetzen verantwortlichen Gremien wie z. B. Schulkonferenzen „funktionieren“, in dem sie Entscheidungen treffen. Dort, wo Entscheidungen nicht in einem diskursiven Prozess nach sorgfältiger Information und Abwägung verschiedener Möglichkeiten gefällt werden, spiegeln die Ergebnisse selten die Meinung der Mehrheit der Akteure wieder. Werden Mehrheitsverhältnisse in den Konferenzen erkämpft, so geschieht dies eher auf der Ebene des Stimmenfangs als auf der Basis argumentativer Verständigung.

Beteiligung und Mitwirkung werden häufig als „Alibi-Maßnahme“ empfunden, weil

¹ Die hier angeführten Aussagen wurden über einen Zeitraum von etwa zwei Jahren über das BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung von in der Praxis tätigen Moderator_innen zusammengestellt. Quantitative Beurteilungen gehen beispielsweise bereits 2005 im Rahmen einer bundesweiten Erhebung der Bertelsmann Stiftung hervor.

² Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. S. 15 ff verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17946_17947_2.pdf (07.01.2013)

Schüler_innen sich nicht ernst genommen fühlen oder entsprechende Rahmenbedingungen nur dort bereitgestellt werden, wo auch ein Interesse der Erwachsenen vorliegt .3

Ziel und Kursbestimmung

Dieses Papier möchte darauf aufmerksam machen, dass derzeit Erziehung und Bildung zu gesellschaftlich verantwortungsbewussten Menschen in unseren Schulen Schwachstellen aufweisen. Es solleinen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs der notwendigen Veränderungen im Bildungssystem beisteuern.

Bildungspolitiker_innen auf Landesebene, Bildungsministerien, Schulleiter_innen, Lehrer_innen, Schulmitwirkungsgremien sollen durch dieses Papier - als Argumentations- und Motivationshilfe - in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Wir plädieren dafür, grundsätzliche, basisdemokratische Meinungsbildungsprozesse in unseren Schulen zu fördern. Unser Ziel muss sein, dem negativen Trend der Abkehr junger Menschen von unserer demokratisch organisierten Gesellschaft positive Erfahrungen und Prägungen im Rahmen eines gemeinsamen Bildungsauftrags entgegen zu setzen.

Das Netzwerk setzt sich dafür ein, dass - über die derzeitige Gremienarbeit laut Schulgesetzen der Länder hinaus - Formen und Räume für mehr Information, Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungsfindung geschaffen werden.

Das System Schule braucht unserer Ansicht nach eine deutlichere Förderung demokratiepädagogischer Strukturen, die nachhaltig und konkret Meinungsbildungsprozesse, Diskussionen, gründliche Information und Kommunikation zuverlässig unterstützen. Alle schulische Bereiche sind davon eingeschlossen: Unterrichtsgestaltung, Bewertung, Schulorganisatorisches, Schulordnung, außerunterrichtliche Themen, Raumgestaltung usw.

Das BundesNetzwerk Kinder und Jugendbeteiligung kommuniziert den Begriff der Demokratiepädagogik im Sinne der Definition der DeGeDe- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik⁴. Hier soll es im Besonderen um den Teil gehen, der sich mit Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform befasst. Für Schulen gilt es, demokratische Handlungskompetenzen zu entwickeln und so zu einer demokratischen Schulkultur zu gelangen.

Grundsätze und Meilensteine

Für die Verbesserung der Demokratiebildung ist es unserer Meinung nach notwendig, die in den **Schulgesetzen** verankerten Regelungen zu Entscheidungsebenen durch **Regelungen zur Entscheidungsfindung** für Meinungsbildungsprozesse, zu ergänzen. Gleichzeitig muss dringend an einer durchgängig wertschätzenden Handlungskompetenz der Pädagog_innen

³ ZDF Logo! (2009): Kinder ohne Einfluss? Eine Studie des ZDF zur Beteiligung von Kindern in Familie, Schule und Wohnort in Deutschland 2009. Verfügbar unter: http://unternehmen.zdf.de/fileadmin/files/Download_Dokumente/DD_Das_ZDF/Veranstaltungsdokumente/kann_darf_will/Partizipationstudie_final_101109.pdf (08.01.2012)

⁴ www.degede.de, Homepage DeGeDe e.V., siehe Demokratie als Regierungsform, Gesellschaftsform und als Lebensform

und der Schüler_innen gearbeitet werden.

Partizipation der Lernenden im und am **Unterricht** soll eine **stärkere Mitwirkung** bei der Wahl der Unterrichtsinhalte, den Unterrichtsmethoden und bei der Bewertung möglich machen. Dabei sind sie nicht Bittsteller_innen, sondern vielmehr Teile des Lernsystems, das nur dann funktioniert, wenn alle Beteiligten und deren Wort als gleichwertig angesehen werden. Aus der Kinder- und Jugendbeteiligung verwendete Feedback-Methoden bieten sich an, um eine **demokratische Schulkultur** zu entwickeln.⁵

Schule ist heute sehr viel mehr als nur **Ort der Wissensaneignung**. Sie ist einer der wichtigsten Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen. Die aktive Gestaltung des Lernumfelds wirkt sich positiv auf Reichweite und Intensität von anderen Beteiligungsfeldern aus. Schule ist mehr als eine Institution, die sich zur Erledigung ihres Auftrags der im Umfeld bestehenden Angebote bedient. Sie nimmt einen festen **Platz im Gemeinwesen** ein. Eine **ständige Öffnung der Schule** zum tagesaktuellen Gemeinwesen bedeutet, dass Bildungseinrichtungen aller Altersgruppen, nicht formelle Bildungsorte und -instanzen sowie außerschulische Partner_innen im ständigen beiderseitigen Austausch miteinander sind. Dabei sind dies gleichberechtigte Partner_innen und nicht etwa Dienstleister_innen und Anbieter_innen. Schule muss regelmäßiger Lernort für kommunalpolitische Fragestellungen sein. Demokratievermittelndes Lernen geschieht bereits im Kindergartenalter und reicht über die Grundschulzeit bis zum Eintritt ins Wahlalter.

Die **Arbeit der Schülervertretungen** kann nur einen Teil aktiver Teilhabe an Schule gewährleisten und muss neben anderen Beteiligungsmöglichkeiten intensiver unterstützt werden. Sie ist selbstverständlich und wird für demokratische Entscheidungen und Prozesse sowohl auf Klassen- als auch auf Schul-, Kreis-, Landes- und Bundesebene genutzt. Auf Landesebene sollten Möglichkeiten der Konfliktvermittlung geschaffen werden, die die hierarchischen Strukturen der Schulen im Streitfall auflösen können. Vorstellbar wären unabhängige Begleiter_innen.

Schülerpartizipation braucht den Klassenrat sowie Schülervollversammlungen mit genügend Zeit und Raum, um sich selbst zu organisieren. Materialien zu Methoden der Schülervertretungsarbeit (z.B. Klassenrat, Rollenverständnis, Wahlprozedere usw.) müssen verstärkt aufgelegt und verteilt werden. Regelmäßige Schulungen mit Mindeststandards für Schüler_innenvertretungen sind ebenso wichtig wie feste Ansprechpersonen mit entsprechend bereitgestellten Stunden in der Lehrerschaft.

Schulorganisatorisch führt kaum ein Weg an der Einführung verbindlicher Regeln für regelmäßige Versammlungen, z.B. mit der Methode **Klassenrat**, vorbei. Jede Schule sollte Stundenpläne so einrichten, dass jede Klasse mindestens 1 Stunde pro Woche eigene Themen bespricht und bearbeitet. Zusätzlich muss es **Schulversammlungen** (Schülervollversammlungen) geben, die die Interessen und Meinungen der gesamten Schülerschaft sammelt, diskutiert und ggf. entsprechende Verabredungen für die Schülervertretungen geben.

Beteiligung braucht **Ressourcen für neutrale Prozessbegleitung**. Wir empfehlen den Einsatz von Beteiligungsmoderator_innen und Mediator_innen, die auf Anfrage zeitweilig Prozesse

⁵ Vgl. auch Masterarbeit Bert Schröder, Technische Universität Kaiserslautern, Demokratische Handlungskompetenz von Klassensprechern: Entwicklung von Standards zur Schülerpartizipation 2011

in Schulen begleiten können. Besonders In Konfliktfällen ist es wichtig, eine neutrale Instanz zu haben, die von beiden Konfliktparteien akzeptiert wird. Die Einrichtung eines Fonds hierfür wäre eine wichtige Basis zur Sicherstellung dieser Prozessbegleitung.

Um die bisher aufgeführten Punkte einzuführen und deren Entwicklung kontinuierlich zu begleiten, sollen die schulischen Akteure entsprechend aus- und weitergebildet werden. Pädagog_innen, Schüler_innen und Eltern müssen gleichermaßen qualifiziert werden.

Haltung, Handlungskompetenzen und Methodik der Partizipation bzw. Schulmitwirkung müssen als Themen in die Curricula der Hochschulen für die entsprechende Aus- und Weiterbildung pädagogischer Berufe eingebunden werden.

Mit allen Lehrkräften, Schüler_innen und Eltern muss auf breiter Ebene - eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs - über Ziele und Wege der Schulmitwirkung diskutiert werden. Es muss regelmäßige Fortbildungsangebote, insbesondere für die Schulleitungen, geben. Stellenneubesetzungen für die Schulleitungen sollen Kompetenzen im Feld Schulmitwirkung berücksichtigen.

Das BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung: Wer wir sind

Das BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein bundesweites Netzwerk von Fachkräften aus der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Mitglieder stammen aus unterschiedlichen Fachbereichen wie (Sozial-)Pädagogik, Stadt- Regional, Landschafts- und Verkehrsplanung, Architektur, Jura und unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verwaltung, freien Trägern, Selbstständige, Wissenschaft und Politik. Sie sind ausgebildete Moderatorinnen und Moderatoren für Kinder- und Jugendpartizipation, Trainerinnen und Trainer für die Moderationsausbildung oder verfügen über langjährige Praxis in der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Ziel des BundesNetzwerkes ist die lokale und bundesweite Umsetzung der gesetzlich verankerten Beteiligungsrechte junger Menschen unter Anwendung altersgerechter und zielführender Methoden.

Das BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung wird durch das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. unterstützt.